

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

# Weltpolitik ohne Partner

## Europa macht es sich mit dem Irak zu einfach - und Amerika mit seinen Alleingängen / \*Josef Joffe\*

Eine europäische Außenpolitik? Wie breit die Kluft zwischen Ambition und Aufbruch noch ist, zeigt der Umgang der EU-15 mit dem jüngsten Irak-Bombardement. Die Briten flogen mit, die Deutschen gingen in Deckung, die Franzosen haben Washington mit Worten beschossen.

Amerika und Frankreich haben von jeher um die Dominanz in Europa gerungen - sozusagen im Familienstreit. Nun aber nimmt ein anderes Muster Konturen an. Immer häufiger gesellt sich Frankreich an die Seite von Russland und China, den alten und neuen Rivalen Amerikas. Alle drei haben das Bombardement wütenden Wortes gegeißelt. Alle drei bemühen sich, in wechselnden Kombinationen, die USA zu konterkarieren - sei's in Nahost oder bei NMD, der "Nationalen Raketenabwehr". Bei Frankreich spielt zudem die Langfristoption mit, die sehr bescheiden angelegte "Europäische Verteidigungsidentität" in ein rein europäisches Bündnis umzuschmieden, das die Nato ersetzen könnte.

Die Logik ist klar; es ist die Logik der Kabinettpolitik des 18. und 19. Jahrhunderts. Hier steht die "Hypermacht"; dort rotten sich die Kleineren zusammen, um die "Nr. 1" einzuengen und einzudämmen. Das ist ein uraltes Muster der Weltpolitik. Doch wirft diese ehrwürdige Tradition am Anfang des 21. Jahrhunderts gleich drei strategische Fragen auf.

Paris will ein "europäisches Europa" unter seiner Führung

Die eine Frage gilt den französischen Freunden: Wie weit wollen sie die Gleichgewichtspolitik treiben? Mit dem "Familienzwist" konnte das Bündnis leben, zumal Paris stets in dessen Schoß zurückkehrte, wenn die Dinge aus den Fugen zu geraten drohten - zuletzt während des Golfkrieges, an vorderster Front. Nun aber verurteilt Frankreich einen Bombenschlag als "illegal", der dem Schutz der Schutzzone für Kurden und Schiiten galt, die es selbst mitorganisiert und -überwacht hatte. Indirekte Rechtsgrundlage ist die UN-Resolution 688, die Bagdad auffordert, "die Unterdrückung der Zivilbevölkerung einzustellen". Der Pariser Protest bringt England und Amerika in Verlegenheit, stärkt aber Saddam.

Die zweite Frage betrifft Europa. Auch hier herrscht zunächst ein vertrautes Bild: England pflegt die special relationship mit Amerika, Frankreich will ein "europäisches Europa" unter seiner Führung zusammenschirren, die Deutschen vermitteln nach allen Seiten. Auch das hat vierzig Jahre lang ganz gut funktioniert; jetzt aber, da die Disziplin des Kalten Krieges weggefallen ist, zerren immer mehr Kräfte an der fein austarierten Balance.

Ob Handel oder Hormone, Sanktionen gegen Kuba oder Iran, NMD oder Kriegsverbrechertribunal: Die Europäer beziehen immer

häufiger - eher bellend denn beißend - Position gegen die "letzte verbleibende Supermacht". Hinzu kommt ein Stück "Kulturkampf". Henry Kissinger, der alte Leitbulle, hat es lapidar so ausgedrückt: "In den europäischen Massenmedien werden die USA definiert durch die Todesstrafe, ein unsoziales Gesundheitssystem, eine riesige Gefängnispopulation und andere Stereotype."

Wie halten wir's also mit Amerika? Ist es das "Un-Europa", das es zurückzudrängen gilt? Klassische Gleichgewichtspolitik sagt (zögerlich) "Ja", die Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts ist eine andere. Zwischen Berlin und Berkeley hat sich eine Zivilisation aufgetan, die sich tagtäglich verdichtet, sei's im Pop-, Wirtschafts- oder Wissenschaftsbereich. Wir teilen jenseits von Todesstrafe oder Kapitalismuskritik dieselben Hauptwerte, jedenfalls möchten mehr Europäer in Berkeley als in Moskau oder Peking studieren. Ganz praktisch: Solange Europa nicht gewaltig aufrüstet und sich einem gemeinsamen Willen unterwirft, wird es ohne Amerika Krisen wie in Bosnien oder im Kosovo nicht bewältigen können.

Was zur dritten Frage führt: dem Irak. Es gibt genug zu bekritteln am Bombardement, an den Sanktionen sowieso, die in einem totalitären System immer die Bevölkerung, nie das Regime treffen. Nur löst auch die klügste Kritik nicht das eigentliche Problem, und dieses heißt Saddam. Wir wissen, dass er

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

nach dem Rauswurf der UN-Inspektoren ungestört an seinen Massenvernichtungswaffen weiterbaut, dass er seine imperialen Gelüste keineswegs gezügelt hat. Und dieses Problem geht jeden an, der in seiner Nachbarschaft lebt, auch in der erweiterten namens Europa. Die arabischen Potentaten mögen schimpfen, aber ihr Unglück hat Grenzen angesichts einer Attacke, welche die "Linie im Sand" nachzieht, nachdem Clinton anscheinend die Lust an dem ewigen Duell mit Saddam verloren hatte.

Bloß gibt es an den allermeisten Brennpunkten keine schnellen Lösungen. Niemand will in Bagdad einmarschieren, also bleibt als strategisches Konzept nur die Eindämmungspolitik, die George F. Kennan, ihr Erfinder, gegenüber Moskau so formuliert hatte: Eine Illusion sei der "schnelle Sturz der Sowjetmacht". Stattdessen eben

Containment: der "geschickte und wachsame Einsatz von Gegendruck", der erst für "Mäßigung" sorgt und dann "entweder zum Zusammenbruch oder zur Zivilisierung" des Machtsystems führt.

Eine solche Politik gegenüber dem Irak muss sehr wohl militärische Optionen einschließen: gegen Saddams Streitkräfte- und Produktionspotenzial. Sanktionen gegen die Bevölkerung? Die treffen nicht die Machtclique, die sich die "Republik der Angst" untertan gemacht hat. Also müssen die Herrschenden die Zielscheibe sein, vorweg die vielen Kanäle, durch die immer ungehinderter Waffen und Know-how fließen.

Dies aber wirft zu guter Letzt eine Frage auf, die an George W. Bush geht. Der hat mit seinem Bombenschlag zweierlei signalisiert. An Saddam: "Wir sind wieder da!"

An Rivalen und Verbündete: "Wir gehen unseren Weg, folgt uns oder nicht." Das demonstriert gewisslich die neue Entschlossenheit Washingtons. Aber wer Eindämmung organisieren will, braucht Alliierte; sonst hat jeder Wall seine Breschen. Allein kann Amerika den Zustrom von Waffentechnologie nicht stoppen, ebenso wenig wie ein einzelner Klempner alle Rohre auf einmal abdichten kann.

Mithin können Alleingänge nicht das Prinzip sein, auch wenn manch neuer Mächtiger in Washington das nicht wahrhaben will. Das ist die Ironie der jungen Ära Bush: In Europa träumen sie von einer Zukunft ohne Amerika, in den USA von einer Weltpolitik ohne Partner. Bloß brauchen sie einander mehr denn je.